



Antrag

Nummer: III/2002/02328
Datum: 29.04.2002

Wiedervorlage:
Aktz.:
Bezug-Nr.:
Abteilung/Amt/Fraktion: CDU
Sänger, Frank

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	22.05.2002	öffentlich beschließend			

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Errichtung der Spallationsneutronen-Quelle am Standort Halle-Leipzig

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, den Standort Halle-Leipzig zur Errichtung der Spallationsneutronen-Quelle als deutschen Bewerber zu favorisieren.

Begründung:

Unter Beteiligung von 11 Ländern ist der weltweit größte Teilchenbeschleuniger zur Materialforschung geplant. Die Fertigstellung dieser 1,5 Milliarden Euro teuren Großforschungsanlage, an der ca. 3000 Wissenschaftler aus aller Welt forschen werden, ist für das Jahr 2010 geplant. Es sollen 1500 Dauerarbeitsplätze entstehen.

Um den Standort bewerben sich zwei Orte aus Großbritannien und ein Ort in Schweden. Neben Halle-Leipzig bewirbt sich als deutscher Standort auch Jülich.

Die Bundesregierung wird sich nach einer Empfehlung des Wissenschaftsrates auf einen deutschen Bewerber einigen, bevor im Jahr 2003 die Regierungschefs der beteiligten Länder die Entscheidung über die Ansiedlung treffen.

Um den Beschluss der Bundesregierung, die nächste Großforschungsanlage in einem der östlichen Bundesländer zu installieren, realisieren zu können, wäre eine Entscheidung für den Standort Halle-Leipzig notwendig. Jülich verfügt als hochentwickelter Industriestandort bereits über eine Großforschungsanlage.

Mit den Universitäten Halle-Wittenberg und Leipzig, dem Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle sowie dem Fraunhofer-Institut sind optimale wissenschaftliche Voraussetzungen vorhanden.

Neben dem regionalen Verband zwischen Halle und Leipzig würde hier eine weitere Zusammenarbeit in dieser Region gefördert, die enorme Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort hätte.

gez. Frank Sänger
Fraktionsvorsitzender

Finanzielle Auswirkungen:
entfällt

Beraten mit:

Terminvorgabe	Person/Amt	Zuarbeit	Erledigt am

Die Antwort der Stadtverwaltung lautet:

Die Bewerbung des Standortes Halle-Leipzig um das Projekt Elektronenspallationsanlage wird seit Herbst 2001 in gemeinsamer Kooperation durch die Wirtschafts- und Kultusministerien des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Sachsen, die Regierungspräsidien Halle und Leipzig, die Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Stadt Leipzig und der Stadt Halle sowie zwischenzeitlich beauftragte Consultants vorbereitet. Die Arbeiten finden in der 20. KW ihren planmäßigen Zwischenabschluss. Am 16./17. Mai 2002 wird im Rahmen einer hochkarätigen wissenschaftlichen Konferenz in Bonn eine Vorstellung der europäischen Bewerberstandorte stattfinden. An dieser Veranstaltung werden zur Untermauerung der Bewerbung der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und ggf. der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt teilnehmen. Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle werden zu einem geeigneten späteren Zeitpunkt in der Öffentlichkeit und im Politikbereich in Erscheinung treten. Die Oberbürgermeisterin hat diesbezüglich bereits in der 19. KW Kontakt zum designierten Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt aufgenommen und erste Verabredungen getroffen.

Nach derzeitigen Vorbereitungs- und Erkenntnisstand wird im Monat Juni in Halle eine zweite Konferenz zum Thema ESS stattfinden, bei welcher insbesondere auch Vertretern der Bundes- und Landespolitik die Bedeutung der Anlage durch führende Wissenschaftler aus Deutschland und der Region vorgestellt werden soll. Diese Veranstaltung soll dazu genutzt werden, einen Vorentscheidungsprozess zugunsten des Standortangebotes der Region Halle/Leipzig zu erreichen.

Nach vorliegendem Zeitplan wird im Spätherbst 2002 damit gerechnet, dass eine Entscheidung für einen Bewerberstandort in Deutschland fällt, der dann in die europäische Endausscheidung mit einem Standort in Großbritannien und einem Standort in Schweden gehen wird.

Entsprechend dieses Zeitplanes ist vorgesehen, dass mit einer ganzen Staffel von Informationsveranstaltungen und gezielter Lobbyarbeit ein günstiges Meinungsbild zu der Bewerbung des Standortes Halle-Leipzig erreicht wird. Dabei wird von großer Bedeutung sein, dass sich insbesondere die wichtigen Akteure des Wissenschaftsrates abschließend für den Standort Halle-Leipzig aussprechen und diese Empfehlung dann an die Bundesregierung weitergeben. Es ist nach derzeitigem Stand der Dinge davon auszugehen, dass die Bundesregierung der Empfehlung des Wissenschaftsrates folgen wird. Deshalb sind in der Phase Sommer/Frühherbst Informationen für die Vertreter des Wissenschaftsrates von herausragender Bedeutung. In gemeinsamer Zusammenarbeit mit den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen und des Landes Sachsen-Anhalt werden die Oberbürgermeister der Städte Leipzig und Halle in der Zeitstaffel geeignete Maßnahmen und abgestimmte Vorgehensweisen entwickeln, auch der Bundesregierung die Bedeutung der Vergabe des Projektes für den Standort Halle-Leipzig deutlich zu machen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist ein unabgestimmtes, isoliertes und zu frühzeitiges Zugehen der Oberbürgermeisterin auf die Bundesregierung in dieser Frage als eher kritisch, möglicherweise sogar schädlich und deshalb wenig zielführend einzuschätzen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin